

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 10

Artikel: Randbeben und Einsturz
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Randbeben und Einsturz

Was sich letzte Woche in Duschanbe abspielte, nahm sich wie eine Wiederholung dessen aus, was sich an der letzten Jahreswende in Tiflis zugetragen hatte. Anders freilich waren die Vorzeichen.

In *Georgien* fand eine Meuterei gegen einen Präsidenten statt, der in sowjetischen Zeiten ein bestrafte Rebelle gegen das System gewesen war. Die neue Opposition gegen ihn umfasste neben gegenteiligen Kräften von Demokraten und Kriminellen auch ein etabliertes Segment von früheren Ordnungsbewahrern, inzwischen gewandelt, gewendet oder gewitzigt. Ihnen geht es um ein Anschlussregime.

Sowjetnachlass . . .

In *Tadschikistan* fand der Aufruhr genau gegen ein solches statt, verkörpert durch den Präsidenten Rachman Nabijew, den seinerzeitigen KP-Machthaber. Er hatte nach der Auflösung der UdSSR halbwegs auf die nationale Karte gesetzt, ansonsten aber die Verhältnisse belassen, von denen eine kontinuierlich herrschende Schicht profitierte.

In dieser Nummer

Vom Umbruch zum Aufbruch	4
Botschafterin von Grünigen zu Perspektiven einer Friedenspolitik in Europa	
Der Brückenschlag	7
Albanien als Testfall für die Schweiz	
Bei uns zu Gast	8
Der polnische Politiker Leszek Moczulski	
Schlechte Karten für einen neuen Staat	10
Vladimir Doder zum dritten Jugoslawien	
Die Repräsentanten der neuen Republiken . .	13
Sowjetische Vergangenheitsbewältigung fällig	
Umlernen nötig	14
Eine bestürzende Dokumentation über Georgien	

Das ist eine andere Ausgangslage als in *Georgien*. In *Tadschikistan* galt sozusagen noch die klassische Reihenfolge: hier die alte Ordnung, die sich hinter übermalter Fassade «noch» behauptete, dort die grundsätzlichen Neuordner, die «schon» nicht mehr aufzuhalten waren.

Bei dieser Gegenüberstellung waren nur die Interessen der Verteidiger eindeutig. Ihnen ging es darum, die eigene Macht und die eigenen Privilegien zu behaupten, und alles, was dazu diente, war ihnen willkommen. Politische Anschauungen, ob kommunistisch oder national, waren ihnen bis auf ihre Tauglichkeit zur Herrschaftsbewahrung einfach schnuppe. Und das ist beileibe kein Gegensatz zur früheren Sowjetordnung. Sie war schon längst zum schieren Alibi von Leuten gediehen, denen Lenin genau so wurst war wie irgendeine Gegenposition.

. . . versus Demokratie und/oder Islam

Anders verhält es sich mit der Koalition von Kräften, die dagegen aufbegehren. Bei ihnen spielt es durchaus eine Rolle, mit welchen weltanschaulichen Vorstellungen sie die Ablösung betreiben. Ihr Bündnis trägt, weil es nur eine momentane Aktions-einheit darstellt, Motto «unten gegen oben».

Heute definieren sich die Revolutionäre in *Tadschikistan* mit austauschbarer Leichtigkeit als «demokratische Opposition» oder als «islamische Opposition». Aber es ist unwahrscheinlich, dass beides auf das gleiche hinausläuft. Es ist zwar nicht fair, vor-eilig eine Unvereinbarkeit zu postulieren, aber es ist nicht realistisch, den potentiellen Konflikt zwischen «demokratisch» und «islamisch» zu leugnen. Vor allem dann, wenn es um die künftige Staatlichkeit geht. Ein islamischer Staat wird den «Ungläubigen» keine demokratischen Rechte zubilligen, und ein demokratischer Staat darf die Verbindlichkeit der Scharia nicht über den freien Entscheid der Staatsbürger stellen.

Die Opposition ist einstweilen verbunden in der kompakten Ablehnung einer Vergangenheit (oder einer überholten Gegenwart), die diktatorisch und atheistisch war. Aber der gültige Gegensatz dazu, der wird

noch auszumachen sein. Abgesehen davon, dass ausserhalb der Hauptfront noch beliebig viele Gegensätze aufeinanderprallen. Die früher verbotenen Konfrontationen ringen allesamt nach Luft. Man weiss zwar, welche Art von Vergangenheit begraben wird, aber welche Art von Zukunft an ihre Stelle tritt, ist die extrem strittige Frage.

Tadschikistan ist unter den ehemaligen Sowjetrepubliken und heutigen GUS-Mitgliedern von Zentralasien ein kleiner Randstaat zwischen Afghanistan, China und den Schwesterrepubliken Usbekistan und Kirgisien. Ein abgelegenes Bergland mit etwas weniger Einwohnern als die Schweiz, untypisch für die damalige Sowjetunion, aber exemplarisch gleichzeitig für deren pervertierte Ausläufer im ehemaligen Turkestan mit seinen islamischen Bevölkerungen.

Zentralasien — die «klassische» Kolonie

Man hat zu Sowjetzeiten die nichtslawischen Gebiete der Union häufig «Kolonien» genannt. Das war angesichts der vorgeblich anticolonialistischen Globalpolitik Moskaus ohnehin «de bonne guerre», und es hatte überdies seinen Teil an Richtigkeit. Aber nur seinen Teil. Der Vergleich mit den klassischen Kolonien der europäischen Mächte konnte in mancher Hinsicht auch schief liegen. Nicht nur deshalb, weil den russischen Anrainern der Überseecharakter abging, sondern auch deshalb, weil je nach dem auch das Gefälle anders verlief.

Das Hauptbeispiel hier sind die Balten. Sie hatten das höchste Lohnniveau der ganzen Union, und ihr materieller Standard lag über dem der Russen. Aus dem kolonialen Mutterland bezogen sie Rohstoffe plus Energie und lieferten ihm dafür Industrieprodukte. Sie hatten eine Vergangenheit westlicher Zivilisation, die ihnen bei der Einverleibung ins Sowjetsystem niedergedrückt wurde. Wie immer es sich mit ihrer Kolonialisierung verhielt, ein europäisches Kongo waren sie auf jeden Fall nicht.

Das gegenteilige Beispiel nun stellte eben Zentralasien dar. Bis auf die geographischen Grenzen waren hier nahezu alle Gegebenheiten auch des «klassischen» Kolo-

nialismus in echter Weise vorhanden, und was man anderswo über die «neokoloniale Ausbeutung» von Drittweltländern schrieb, das stimmte ausgerechnet hier im Sowjetsozialismus noch am besten. Der vermeintlich ordnungswidrige Fall war gleichzeitig auch der exemplarische.

Zentralasien (Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und — bis auf seinen russisch geprägten Norden — Kasachstan) war ein europäisch dominiertes Gebiet orientalischer Kultur. Den dort traditionellen Islam hatten die Zaren noch als Nebensache gelten lassen, und es waren die «Missionare» des leninistischen Atheismus, die ihren Feldzug gegen den «rückständigen Aberglauben» mit der Radikalität der Conquistadores führten. Zentralasien war das Armenhaus der Sowjetunion, und dafür explodierte sein Kinderreichtum. Zu den Folgen gehörte eine steigende Arbeitslosigkeit, die schon in sowjetischen Zeiten die «kapitalistischen» Verhältnisse in den Schatten stellte und bloss gelehnt wurde; heute strebt sie neuen Rekorden zu.

Zentralasien wurde Rohstofflieferant und hatte die Verarbeitungsgewinne dem europäischen Teil der UdSSR zu überlassen. Die Baumwollproduktion wurde rücksichtslos als Monokultur (laut Lenin ein Hauptmerkmal kolonialisierter Gebiete) verbreitet, auf Kosten auch des ökologischen Gleichgewichtes. Die Umweltschäden sind grösser als anderswo in der Ex-Union, und das will bei deren nachgelassenen Zuständen viel heissen. Die Säuglingssterblichkeit ist hoch und der Gesundheitszustand der Bevölkerung schlecht.

Als Wahrzeichen des Kolonialismus ist häufig die Methode angeführt worden, vermittels einer korrumpierten einheimischen Oberschicht zu herrschen. Und was die Sowjets in dieser Hinsicht zuwege brachten, übertraf schliesslich sogar das von ihnen selbst gewünschte Mass und wurde eigengesetzlich. Der «orientalische Basar» mit seiner Mafia wurde sprichwörtlich und sprengte sogar die Normen der Sowjetkorruption. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Statthalter den Sowjetrahmen für ihren kriminellen Missbrauch hoch schätzten, und es ist ebenso folgerichtig, dass der

Aufstand gegen die Sowjetdiktatur den Aufstand gegen die eigene Mafia einschliesst.

Region Afghanistan

Die akute Sprengung der Sowjetunion während der letzten Jahre ging vornehmlich in ihrem Westen und ihrem kaukasischen Süden vorstatten. Diese jüngere Erscheinung hat die Tatsache überdeckt, dass sich die Vorboten des kommenden Zerfalls schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre angekündigt hatten, und zwar gerade in Zentralasien.

Das stand im Zusammenhang mit dem Afghanistankrieg, der nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine ausgewachsene Waffe der Breschnew-Ära war. Afghanistan erwies sich als inspirierendes Beispiel dafür, dass es möglich war, der Sowjetmacht erfolgreichen Widerstand zu leisten. Die Mujahedin waren Glaubensbrüder und zum Teil Stammesbrüder (das betrifft die Tadschiken ganz speziell) der einheimischen Bevölkerung. Überall entstanden «parallele Moscheen», Moslemgemeinden, die von den staatsfrommen Religionsvertretungen offizieller Lesart unabhängig waren, und die islamische Renaissance setzte von unten ein, unweigerlich auch politisch gemeint. Desgleichen fanden auch die ersten Grossunruhen, die in die Nähe von Volksaufständen kamen, in Zentralasien statt. Afghanistan war zwar nicht sofort ein Fanal, aber ein nachhaltiger Auslöser der Entsovjetisierung, die jetzt in ihre Abschlussphase kommt.

Für Tadschikistan trifft das ganz besonders zu. Dass die afghanischen Mujahedin ihren Heiligen Krieg dorthin exportieren würden, war zwar im wörtlichen Sinn eine zweckpropagandistische Verteidigungsthese der spät- und nachsowjetischen Machthaber, aber die Einflussnahme besteht. Kommandant Masud, ein ethnischer Tadschike, hatte vor zwei Jahren zum islamischen Aufstand in Zentralasien aufgerufen, und umgekehrt betonten die tadschikischen Aufständischen jetzt ihre Bruderschaft mit den siegreichen Mujahedin. Noch gehört Tadschikistan zur GUS, aber bereits gehört es zur gleichen Region wie Afghanistan. ■

Tausende von Toten sind zu beklagen, die die Kriege in Europa seit dem Ende des kalten Krieges gefordert haben. Sie zogen und ziehen sich hin von Nagorno-Karabach über die «kleineren» Konflikte zwischen für uns im Westen bisher oft unbekanntem Völkern in der ehemaligen Sowjetunion bis hin zum Balkan. Sie konnten weitgehend unter dem Blickwinkel des Nationalismus interpretiert werden; und die weiss Gott legitime Forderung nach freier Selbstbestimmung liess unsere Herzen unwillkürlich für die secessionistischen Völker schlagen.

Seit einiger Zeit zeichnet sich nun noch eine andere Art des bewaffneten Konfliktes ab. Die Ereignisse in Tadschikistan und Georgien mögen hier nur als Beispiele dienen. Politische Oppositionelle und Regierung stehen einander gegenüber, bekämpfen oder bekriegen sich sogar. Und weil in keiner der beiden Republiken Demokratie herrscht, sind wir versucht, Partei für die Opposition zu ergreifen, selbst wenn auch diese nicht Demokratie garantiert.

Beide Arten des Konfliktes aber haben eines gemeinsam: Die Nationalisten kämpfen monothematisch für die Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts, die Oppositionellen monothematisch für die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte. Die Durchsetzung monothematischer Anliegen aber droht zur Ideologie zu werden, wenn andere, legitime, Anliegen nicht auch berücksichtigt werden. Der Keim für bewaffnete Auseinandersetzungen ist dann gelegt.

Hehre Ziele wie Selbstbestimmung und Demokratie bedürfen zu ihrer Verwirklichung — und Erhaltung — Spielregeln, die alle Beteiligten einhalten können und wollen, wobei diese Spielregeln wohl nicht unbedingt der Messlatte des hehren Ziels genügen müssen. Denn wenn beispielsweise unter dem Banner der Demokratie Rechte *missbraucht* werden (auch die Schweiz ist davor nicht gefeit), führt dies schnell zur Blockierung eben dieser Demokratie und damit schlussendlich zur «Un-Demokratie». Dies zu vermeiden setzt freilich die Fähigkeit voraus, sich zuweilen zugunsten der Gemeinschaft zu bescheiden und dem Pragmatismus den Vorrang vor dem Dogmatismus zu geben. *Monika Scherrer*